

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Union

142. Versammlung der Interparlamentarischen Union vom 24. bis 27. Mai 2021

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Teilnehmende der deutschen Delegation.....	2
II. Schwerpunkte der Versammlung	2
III. Generaldebatte zum Thema „Die Pandemie überwinden und ein besseres Morgen aufbauen: Die Rolle der Parlamente“	3
IV. Ständige Ausschüsse.....	4
V. Ausschuss für die Menschenrechte von Parlamentarierinnen und Parlamentariern.....	5
VI. Forum der Parlamentarierinnen	5
VII. Forum der jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier	6
VIII. Vereinigung der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre der Parlamente (ASGP)	6
IX. Verabschiedete Erklärung und Entschließungen.....	7
a. Zusammenfassung des Präsidenten	7
b. Entschließung des Ausschusses für Frieden und internationale Sicherheit.....	10
c. Entschließung des Ausschusses Ausschuss für nachhaltige Entwicklung	17
X. Reden der Delegationsmitglieder	22

I. Teilnehmende der deutschen Delegation

Die 142. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) fand vom 24. bis 27. Mai 2021 erstmals komplett virtuell statt. Für den Deutschen Bundestag nahmen folgende Delegationsmitglieder teil:

Abgeordneter **Dr. Johann David Wadephul** (CDU/CSU), Delegationsleiter,

Vizepräsidentin **Claudia Roth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), stellvertretende Delegationsleiterin,

Abgeordneter **Peter Beyer** (CSU/CSU),

Abgeordneter **Ulrich Lechte** (FDP).

Im Berichtszeitraum fanden ab 26. April 2021 diverse Ausschuss- und Gremiensitzungen der IPU statt, an denen darüber hinaus die Abgeordneten **Alexander Radwan** (CDU/CSU) und **Till Mansmann** (FDP) teilnahmen.

II. Schwerpunkte der Versammlung

An der virtuellen 142. Versammlung der IPU nahmen 755 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 133 Mitgliedsparlamenten sowie Vertreterinnen und Vertreter assoziierter Organisationen teil. Unter den Teilnehmenden waren 52 Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten sowie 38 stellvertretende Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten. Insgesamt gehörten 288 Parlamentarierinnen den verschiedenen Delegationen an, was einem Frauenanteil von 38,1 Prozent entspricht. Die Versammlung wurde durch den Präsidenten der IPU, **Duarte Pacheco** (Portugal), geleitet.

Die Versammlung widmete sich in der Generaldebatte dem Thema „Die Pandemie überwinden und ein besseres Morgen aufbauen: Die Rolle der Parlamente“. Die Versammlung hat zudem den Entschließungsentwurf „Parlamentarische Strategien zur Stärkung von Frieden und Sicherheit angesichts der Bedrohungen und Konflikte, die sich aus Klimakatastrophen und deren Folgen ergeben“ angenommen, den Vizepräsidentin Claudia Roth als Ko-Berichterstatte mitverfasst hatte. Des Weiteren hat die Versammlung den Entschließungsentwurf „Die Einbeziehung von Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft in alle Politiken zum Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung, insbesondere nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion“ angenommen.

IPU-Präsident **Duarte Pacheco** berichtete über die Situation in Myanmar und betonte, dass die IPU nach dem Staatsstreich jeden Kontakt zu der Militärregierung abgelehnt habe. Stattdessen würden die Abgeordneten des abgesetzten Parlaments weiterhin zu allen Sitzungen der IPU als Beobachter eingeladen.

Die geopolitische Gruppe der Zwölf Plus, der die deutsche Delegation angehört, kam im Vorfeld der Versammlung zu drei Sitzungen zusammen, in denen insbesondere über die Entschließungsentwürfe sowie die künftige Arbeit der Gruppe diskutiert wurde. Außerdem standen Wahlen von Amtsträgern der Zwölf Plus in Gremien der IPU an. Beschlossen wurde, die von China verhängten Sanktionen gegen Abgeordnete aus den Zwölf Plus-Mitgliedsländern (unter anderem Großbritannien, Niederlande, Belgien, Litauen und Kanada) in der IPU zu thematisieren. China hatte gegen Abgeordnete aus diesen Ländern, auch gegen den deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments Reinhard Bütikofer, Sanktionen in Form von Einreisesperren verhängt, nachdem sie sich öffentlich gegen den Einfluss Chinas auf Hongkong sowie gegen Menschenrechtsverletzungen an der uigurisch-muslimischen Minderheit ausgesprochen hatten.

Auf der Sitzung des Rates der IPU sprach die Vorsitzende der Zwölf Plus-Gruppe **Arda Gerken** (Niederlande) die chinesischen Sanktionen an und wurde daraufhin scharf vom chinesischen Vertreter kritisiert. Er argumentierte, dass die Darstellung nicht der Wahrheit entspreche und es sich um Verleumdungen sowie Einmischung in innere Angelegenheiten Chinas handle. Vizepräsidentin **Claudia Roth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) entgegnete, es gehöre zu den Aufgaben der IPU, über Menschenrechte von Parlamentariern zu diskutieren. Die Vorsitzende der Zwölf Plus-Gruppe habe weder Gerüchte noch Haltloses verbreitet, vielmehr seien die chinesischen Sanktionen gegen Abgeordnete Tatsache. China habe Sanktionen gegen Parlamentarier verhängt, weil diese legitime Menschenrechtsanliegen, so die Unterdrückung der Uiguren in Xinjiang oder das Vorgehen in Hongkong, zur Sprache gebracht hätten. Die Intervention Chinas habe verdeutlicht, dass Abgeordnete Sanktionen durch China befürchten müssten, wenn sie sich in IPU-Debatten zu Menschenrechtsfragen äußerten. Dies sei absolut untragbar und widerspreche den Grundprinzipien der IPU.

Eine Kurzzusammenfassung der Ergebnisse der 142. Versammlung der IPU sowie die während der Versammlung verabschiedeten Dokumente sind unter dem folgenden Link abrufbar: Webseite-ipu.org

III. Generaldebatte zum Thema „Die Pandemie überwinden und ein besseres Morgen aufbauen: Die Rolle der Parlamente“

In der Generaldebatte der 142. Versammlung stellten die Teilnehmenden fest, dass die Welt seit über einem Jahr mit der COVID-19-Pandemie und den damit verbundenen gesundheitlichen und sozioökonomischen Krisen kämpfe. Weltweit seien mindestens 110 Millionen bestätigte Fälle von COVID-19 und 2,5 Millionen Todesfälle zu beklagen. Die COVID-19-Pandemie habe bereits bestehende Ungleichheiten verstärkt und die Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern weiter vergrößert. Ein strategischer Ansatz und Multilateralismus sei erforderlich für den Aufbau einer widerstandsfähigen, gerechten, intelligenten, grünen und inklusiven Welt nach der Pandemie. Die COVID-19-Pandemie habe sich auf die gesamte Weltwirtschaft, insbesondere auf Armut, Beschäftigung und den Handel, ausgewirkt. Außerdem sei die Verwirklichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) behindert worden. Menschen, die bereits in gefährdeten Situationen lebten, insbesondere Arme, Frauen, Jugendliche und marginalisierte Gruppen, seien von der Pandemie am stärksten betroffen. Sollten die Auswirkungen der Pandemie nicht bekämpft werden, würden insbesondere diese Gruppen vor weiteren Herausforderungen stehen. Die Verteilung der Impfstoffe sei maßgeblich für die Geschwindigkeit, mit der sich die Länder von dieser Krise erholten. Es sei ein Umdenken erforderlich in Bezug auf nachhaltige Produktion und Konsum, den Umweltschutz, die Rolle der Krankenpflege sowie die Kreislaufwirtschaft. Die Mitglieder sprachen sich für Maßnahmen zur Förderung von Frieden, nachhaltiger Entwicklung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Förderung der Jugend, Demokratie und Menschenrechten aus. Sie forderten zudem umfassendere regulatorische Rahmenbedingungen für Online-Plattformen und Tech-Unternehmen, um die sexuelle Ausbeutung von Kindern im Internet zu verhindern. Das parlamentarische Handeln sollte die besonderen Belange von Frauen und Jugendlichen in allen Politikbereichen bestimmen. Frauen sollten vermehrt Führungsrollen übernehmen und die Geschlechterparität müsse in allen Bereichen gestärkt werden. Außerdem sprachen sich die Teilnehmenden dafür aus, Hilfsmaßnahmen für die am meisten gefährdeten Gruppen zu ergreifen und dazu beizutragen, Impfstoffe, Diagnostika und medizinische Behandlungen für alle zugänglich zu machen. Parlamente müssten multilateral zusammenarbeiten, zukünftige Risiken analysieren und präventive Maßnahmen ergreifen. Die staatliche Entwicklungshilfe müsse aufgestockt werden, die Jugend Zugang zu Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten erhalten. Parlamente müssten mit allen Beteiligten einschließlich der Exekutive, des Privatsektors, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft, zusammenarbeiten. Der Dialog zwischen Parlamentariern auf allen Ebenen – lokal, national, regional und global – müsse verbessert werden. Parlamentarier sollten zudem die Umsetzung internationaler Verpflichtungen in Bezug auf den Klimawandel sicherstellen. Die COVID-19-Pandemie sei erst dann beendet, wenn die große Mehrheit der Menschen in jedem Land geimpft sei. Impfstoffe müssten für alle Menschen leicht zugänglich sein. Länder mit hohem Einkommen müssten ihre Unterstützung für die Initiative „COVID-19 Vaccines Global Access“ (COVAX) verstärken. Die Parlamentarier sprachen sich überwiegend für eine vorübergehende Aufhebung des Patentschutzes für COVID-19-Impfstoffe aus. Die Parlamente müssten die Einschränkung von Grundfreiheiten und Menschenrechten streng überwachen und Verschwörungstheorien und Fehlinformationen entgegentreten, um Vertrauen zwischen Regierungen und Bürgerinnen und Bürgern aufzubauen. Die Modernisierung der Parlamente, unter anderem durch dezentrale oder hybride Arbeitsformen, biete eine Gelegenheit, flexibler, effizienter und damit gestärkt aus der Pandemie hervorzugehen. Gleichwohl dürfe der persönliche Kontakt zwischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern und Wählerinnen und Wählern nicht vollständig durch virtuelle Formate ersetzt werden.

Abgeordneter **Ulrich Lechte** (FDP) forderte in seinem Redebeitrag dazu auf, die Pandemie gemeinsam auf globaler Ebene zu lösen. Hierfür sei eine verstärkte multilaterale Zusammenarbeit notwendig. Eine weiterhin bestehende Herausforderung sei die globale Verteilung vorhandener Impfstoffe. Es müsse sichergestellt sein, dass Menschen in allen Teilen der Welt, unabhängig von ihrer finanziellen Situation, Zugang zu Impfstoffen erhielten. Zu diesem Zweck habe die World Health Organisation (WHO) im Juli 2020 die COVAX-Initiative zur fairen und gerechten Verteilung aller zugelassenen Impfstoffe gegründet. Ziel der Initiative sei, sicherzustellen, dass jedes teilnehmende Land bis Ende 2021 einen Anteil an Impfdosen erhalte, um die am meisten gefährdeten 20 Prozent der Bevölkerung zu impfen. Derzeit sei man jedoch noch weit von diesem Ziel entfernt. Daher müsse einerseits die Finanzierung der COVAX-Initiative und andererseits die Produktion von Impfstoffen erhöht werden. Die Parlamente sollten sich dafür einsetzen, dass Staaten einen Teil ihrer Impfstoffe schnell und unbürokratisch spendeten.

IV. Ständige Ausschüsse

Schwerpunkt im **Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit** war die Annahme des Entschließungsentwurfs „Parlamentarische Strategien zur Stärkung von Frieden und Sicherheit gegen Bedrohungen und Konflikte infolge klimabedingter Katastrophen und deren Folgen“. Vizepräsidentin **Claudia Roth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hatte gemeinsam mit zwei Parlamentariern aus Sri Lanka und dem Senegal die Berichterstattung übernommen, für die eine Anhörung internationaler Experten während der 141. IPU-Versammlung im Oktober 2019 in Belgrad stattfand. Wegen der Pandemie konnte der Entwurf nicht wie geplant auf der IPU-Versammlung in Genf im April 2020 verabschiedet werden, sondern musste um Aspekte der Pandemie und deren Auswirkungen ergänzt werden. Die Länder des globalen Südens hatten sich aufgrund der Verschärfung der Klimakrise durch die COVID-19-Pandemie eine Aufnahme dieses Aspektes in den Bericht gewünscht. Im Redaktionsausschuss, der sich mit den 130 eingebrachten Änderungsanträgen befasst hatte, gestaltete sich die Zusammenarbeit mit Südafrika, Kanada, Skandinavien und Belgien besonders konstruktiv. Auch Russland und China zeigten sich hierbei kooperativ. Lediglich Indien und die Türkei hatten einen Vorbehalt gegen die gesamte Resolution eingelegt. Einzelne Vorbehalte gab es u.a. von China, Tschechien, Ungarn und Polen. Letztlich wurde die Entschließung in ihrer geänderten Fassung vom Ausschuss verabschiedet und bekräftigt sofortige, multilaterale Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels sowie zur Abschwächung der Auswirkungen auf die internationale Stabilität und Sicherheit. Die Parlamente werden dazu aufgerufen, die Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens in ihren jeweiligen Ländern zu unterstützen und zu beschleunigen. Insgesamt war die Annahme der Entschließung ein großer Erfolg, welcher vom spanischen Vorsitzenden des Ausschusses als historisch bezeichnet wurde. Die überwiegende Einigkeit in dieser Sache zeige das enorme Ausmaß der Klimakrise, welche durch die COVID-19-Pandemie und die damit einhergehende Ernährungsunsicherheit, Migration und Vertreibung in einigen Ländern verschärft worden sei. Des Weiteren befasste sich der Ausschuss mit den Folgen der Pandemie auf Frieden und internationale Sicherheit. Der Hauptredner, **Oscar Fernandez-Taranco**, stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen für die Unterstützung der Friedenskonsolidierung, betonte die Bedeutung inklusiver Regierungsführung, um die soziale Kohäsion zu stärken. Insbesondere bei der Teilhabe von Frauen und der jungen Generation in den Parlamenten bestehe Nachholbedarf. Während Klimapolitik nur auf globaler Ebene gedacht werden könne, könnten Sicherheitsthemen effektiv von lokalen Entscheidungsträgern behandelt werden. In der anschließenden Diskussion zur Rolle der Parlamente aus einer friedens- und sicherheitspolitischen Perspektive bekräftigten die Teilnehmenden, dass im Zeitalter globaler Krisen und vor dem Eindruck der COVID-19-Pandemie eine multilaterale Problembewältigung notwendig sei. Nationalismus, etwa in Gestalt eines Impfegoismus, helfe angesichts der Gefahr durch Mutationen niemandem, stellte Vizepräsidentin **Claudia Roth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fest. Sie erklärte, dass eine Polypandemie drohe, die durch Hunger, Armut, fehlende Zugänge zu Bildungsangeboten und Gewalt gegen Frauen die weltweiten Ungerechtigkeiten verschärfe. Der Ausschuss beschloss als Thema der nächsten Entschließung „Die Neubewertung und Umgestaltung der Ansätze für Friedensprozesse zwecks Förderung von dauerhaftem Frieden“.

Im **Ausschuss für nachhaltige Entwicklung**, in dem die Abgeordneten **Till Mansmann** und **Ulrich Lechte** (beide FDP) mitarbeiteten, wurde zunächst im Rahmen des Generalthemas „Die Pandemie heute überwinden und ein besseres Morgen aufbauen: Die Rolle der Parlamente“, die Notwendigkeit der Erneuerung der multilateralen Zusammenarbeit auch vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie diskutiert. Der erstarkende Wirtschaftsnationalismus werde insbesondere für weniger wohlhabende Staaten zum Problem. Einigkeit bestand darin, dass die Bekämpfung der Pandemie eine bessere internationale Kooperation und Multilateralismus-fördernde Reformen benötige. Ferner bedürfe sowohl die Wirtschaft als auch der Gesundheits- und Pflege-Sektor die Unterstützung der Finanzsysteme. Der Ausschuss diskutierte außerdem den Zugang zu Impfstoffen als öffentlichem Gut. Angesprochen wurden die ungleiche Verteilung von Impfdosen, die Notwendigkeit der weltweiten Impfung sowie die Problematik der Kommerzialisierung von Impfstoffen durch Unternehmen. Der Abgeordnete **Till Mansmann** (FDP) verwies auf die Anstrengungen der deutschen Regierung, Gesundheitssysteme weltweit zu stärken und Impfstoff als öffentliches Gut zu definieren. Eine Aufhebung der Patente des COVID-19-Impfstoffs auf nationaler oder internationaler Ebene zur Steigerung der Impfstoffproduktion sei keine zukunftstaugliche Lösung, da Patente einen starken Anreiz für Forschungsinvestitionen darstellten. Für die Bekämpfung zukünftiger Pandemien würden ebenfalls Unternehmen benötigt, die sich auf diese Marktmechanismen verlassen könnten und in Forschung und Innovation investierten. Besondere Bedeutung komme der Umverteilung des Impfstoffs an Entwicklungsländer zu, die dafür enger mit der EU zusammenarbeiten müssten. Ferner handele Deutschland mit seinem Ziel der Sicherstellung eines gesunden Lebens sowie der Förderung des Wohlbefindens für alle Bürger bis zum Jahr 2030

im Einklang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Er erklärte, die deutsche Delegation setze sich für ein gemeinsames Regelwerk ein, welches Unternehmen sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern transparente Entscheidungen ermögliche und sich auf die Mechanismen des freien Marktes stütze, um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern sowie Umwelt- und Sozialstandards zu stärken. Eine große Einigkeit herrschte darüber, dass der Impfstoff als öffentliches Gut der gesamten Weltbevölkerung zugänglich sein müsse. Der Ausschuss nahm den Entschließungsentwurf „Die Einbeziehung von Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft in alle Maßnahmen zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung, insbesondere nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion“ an und beschloss als Thema für die nächste Entschließung „Die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie als Wegbereiter für den Bildungssektor, auch in Zeiten der Pandemie“.

Der **Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte** befasste sich mit den globalen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Grundrechte und demokratische Institutionen. Die Hauptrednerin **Laura Thornton**, Direktorin des Global Programme am International Institute for Democracy and Electoral Assistance, berichtete, dass sich die Coronakrise nachteilig auf demokratische Prozesse ausgewirkt habe. Besorgniserregend sei, dass die Krisenmaßnahmen als Vorwand genutzt worden seien, die Meinungsfreiheit einzuschränken, Wahlen auf unbestimmte Zeit zu verschieben und staatliche Überwachungsmaßnahmen auszubauen. **Dashti Ardakani** (Iran) bedauerte, dass US-Sanktionen zu einer Verknappung an dringend benötigten medizinischen Gütern geführt hätten. **Heather McPherson** (Kanada) betonte, die Pandemie habe die globale Ungerechtigkeit verstärkt. **Nassirou Bako-Arifari** (Benin), erklärte, mit der Coronakrise sei ein Jahrzehnt des Fortschritts verloren gegangen. Die Parlamente müssten sich einer Instrumentalisierung der Pandemie für antidemokratische Zwecke entgegenstellen. **Andy Williamson**, Berater der IPU, stellte eine Untersuchung zu den Auswirkungen der pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen auf die Arbeit der Mitgliedsparlament vor: 33 Prozent der Parlamente hätten virtuelle Plenarsitzungen abgehalten und 65 Prozent der Parlamente virtuelle Ausschusssitzungen organisiert.

An der Sitzung des **Ausschusses für die Angelegenheiten der Vereinten Nationen** nahmen die Abgeordneten **Till Mansmann** und **Ulrich Lechte** (beide FDP) teil. Auch hier wurde das Generalthema der IPU-Versammlung erörtert, wobei sich folgende Kernaussagen herauskristallisierten: Der Aufschwung nach der COVID-19-Pandemie müsse zu systemischen Veränderungen führen; die grüne Kreislaufwirtschaft sei der Schlüssel zu einer nachhaltigen Entwicklung, wobei die Gesundheit Voraussetzung für einen echten Wohlstand sei; die COVID-19-Pandemie habe Schwächen in der Regierungsführung und starke Ungleichheiten innerhalb und zwischen vielen Nationen aufgezeigt; die Ungleichheit beim Zugang zu Impfstoffen betreffe alle Menschen, nicht nur diejenigen in armen Ländern. Einigkeit bestand in der Notwendigkeit der Stärkung des Multilateralismus. Parlamentariern käme hinsichtlich der Stärkung der internationalen Zusammenarbeit eine herausgehobene Rolle zu. Bedeutend sei die Verbesserung der Kooperation zwischen den Vereinten Nationen und den nationalen Parlamenten. Des Weiteren wurde im Ausschuss die Möglichkeit der verstärkten gesellschaftlichen Einbindung in politische Entscheidungsprozesse sowie bestehende Handlungsoptionen diskutiert, um der wachsenden Ungleichheit innerhalb der Weltbevölkerung entgegenzuwirken.

V. Ausschuss für die Menschenrechte von Parlamentarierinnen und Parlamentariern

Der Ausschuss für die Menschenrechte von Parlamentarierinnen und Parlamentariern beschäftigte sich mit Menschenrechtsverletzungen, die 12 Parlamentarierinnen und 158 Parlamentarier in 13 Ländern betrafen. Der Vorsitzende des Ausschusses hob hervor, Menschenrechtsverletzungen stellten eine erhebliche Gefahr für die Demokratie dar. Dies umso mehr, wenn sie gegen Menschen begangen würden, die vom Volk gewählt wurden. Die Mitglieder der IPU müssten die Rechte der gefährdeten Parlamentarier stärker verteidigen und Solidarität zeigen. Er forderte, den Ausschuss über jede parlamentarische oder persönliche Initiative in diesem Bereich zu informieren und sicherte die notwendige Unterstützung zu. Der Bericht des Ausschusses wurde dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages zugeleitet. Mehr Informationen zu den einzelnen Fällen und zur Arbeit des IPU-Ausschusses sind unter folgendem Link zu finden: Webseite-ipu-MR-Parlamentarier.org

VI. Forum der Parlamentarierinnen

Auf dem Forum der Parlamentarierinnen wurde zunächst der Einfluss der COVID-19-Pandemie auf Frauen und Kinder beraten. Die Pandemie habe bestehende Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in fast allen Lebensbereichen verschärft und Fortschritte der vergangenen Jahre wieder zunichtegemacht. Dies zeige sich auch im Anstieg der sich stärker gegen Frauen und Kinder richtenden häuslichen Gewalt und der Gefahr der sexuellen

Ausbeutung von Minderjährigen über das Internet. Daher müsse die Gleichstellung der Geschlechter im Mittelpunkt der Erholung nach der Corona-Pandemie stehen. Vizepräsidentin **Claudia Roth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellte ihren Entschließungsentwurf „Parlamentarische Strategien zur Stärkung von Frieden und Sicherheit gegen Bedrohungen und Konflikte infolge klimabedingter Katastrophen und deren Folgen“ vor, der die durch das Klima hervorgerufenen Krisen und die Auswirkungen des Klimawandels als Verstärker existierender Konflikte und Herausforderungen behandle. Die COVID-19-Pandemie verschärfe bestehende Spannungen, weshalb zum Schutze des Friedens vor den Auswirkungen des Klimawandels vorbeugende Maßnahmen ergriffen werden müssten. Frauen und Kinder seien besonders stark von den Folgen des Klimawandels betroffen. Es sei erforderlich, nachhaltige, friedliche und geschlechtergerechte Lösungen zur Wahrung des globalen Friedens zu erarbeiten. Die türkische Delegationsleiterin **Ravza Kavakci Kan** kritisierte die vor kurzem erlassenen Gesetze in Frankreich und Deutschland, die die Diskriminierung muslimischer Frauen im öffentlichen Dienst ermöglichten.

VII. Forum der jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Das Forum der jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, in dessen Präsidium der Abgeordnete **Ulrich Lechte** (FDP) wiedergewählt wurde, kam zu Sitzungen am 13. und 17. Mai 2021 zusammen. Von den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die an der 142. Versammlung der IPU teilnahmen, waren nach Angaben des Präsidenten des Forums der jungen Parlamentarier 25,6 Prozent junge Parlamentarier, womit das Ziel der IPU, den Anteil der teilnehmenden jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf 25 Prozent zu erhöhen, erreicht worden sei. Das Forum befasste sich mit den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf junge Menschen. Zur Steigerung der Jugendbeteiligung an demokratischen Prozessen und Erhöhung des Anteils junger Menschen in Parlamenten wurde die Initiative „I say Yes to Youth in Parliament!“ ins Leben gerufen. Junge Menschen seien in den Parlamenten weiterhin unterrepräsentiert. Nur 2,6 Prozent der Abgeordneten weltweit repräsentierten die Altersgruppe unter 30. In zu vielen Ländern bestünden weiterhin Barrieren, welche dazu führten, dass sich junge Männer und Frauen von der Politik ausgeschlossen fühlten. Die Jugend müsse verstärkt in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Ihre Perspektiven und Ideen seien entscheidend für die Bewältigung der Herausforderungen der internationalen Gemeinschaft. Die Politik müsse auf die Bedürfnisse und Interessen aller Generationen eingehen. Der Abgeordnete **Ulrich Lechte** (FDP) wurde beauftragt, im Hinblick auf die auf der 143. IPU-Versammlung zu verabschiedende Entschließung „Weltweite Gesetzgebung zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern im Internet“ einen Bericht zu erstellen, der die Perspektive der Jugend zu dieses Thema beleuchtet.

VIII. Vereinigung der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre der Parlamente (ASGP)

Parallel zu den Sitzungen der IPU tagte die Vereinigung der Generalsekretäre der Parlamente (ASGP). Die Vereinigung ist nach Artikel 29 der Satzung der IPU ein beratendes Gremium der Interparlamentarischen Union. Ziel der Vereinigung ist es, den Kontakt und die Zusammenarbeit zwischen den Generalsekretären, den Direktoren, der Parlamente zu stärken und zwar unabhängig davon, ob das Parlament Mitglied der IPU ist.

Die Vereinigung befasste sich mit dem Thema „Die Rolle und Organisation von Parlamenten in einer Zeit der Pandemie“. Zu Beginn wurden die Erfahrungen unterschiedlicher Parlamente im Umgang mit dem COVID-19-Virus vorgestellt. Die hier erwähnten Maßnahmen, wie Reduzierung der Anwesenheit im Plenarsaal und in den Ausschüssen, Einrichtung einer Task-Force, Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Parlaments, Aussetzung des Besucherverkehrs, verstärkte Nutzung von online-Konferenzen und Homeoffice kehrten in vielen Beiträgen der zweitägigen Veranstaltung wieder. Besonders intensiv wurden Online-Abstimmungen und -Wahlen sowie deren Sicherheit erörtert.

Berlin, den 15. September 2021

Dr. Johann David Wadehul
Delegationsleiter

IX. Verabschiedete Erklärung und Entschlüsse

a. Zusammenfassung des Präsidenten betreffend die Debatte über das Hauptthema der 142. Versammlung der IPU: Die Rolle der Parlamente bei der Überwindung der Pandemie heute und der Schaffung einer besseren Zukunft

Unterstützt von der 142. Versammlung (Virtuelle Sitzung, 27. Mai 2021)

Zusätzlich zu den Diskussionen, die während der Debatte über das Hauptthema der 142. Versammlung stattfanden, greift die vorliegende Zusammenfassung auf die Diskussionen bei den Sitzungen zurück, die in den vier Ständigen Ausschüsse der IPU (Frieden und internationale Sicherheit, nachhaltige Entwicklung, Demokratie und Menschenrechte sowie Angelegenheiten der Vereinten Nationen) vom 26. bis 28. April 2021 stattfanden. Die Diskussionen des Forums der Parlamentarierinnen am 10. Mai 2021 und die des Forums der jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier am 13. Mai 2021 flossen ebenfalls in die Zusammenfassung ein. Die Zusammenfassung gibt die wichtigsten Botschaften der Panel-Vorträge und der Beiträge aus dem Auditorium wieder. Sie erfolgt als ein Beitrag zur allgemeinen Antwort der IPU auf die COVID-19-Pandemie und die Notwendigkeit, eine bessere Zukunft aufzubauen.

Die Mitglieder der IPU waren einig in ihrer Entschlossenheit, nachdrücklich zu den Anstrengungen zur Eindämmung und Überwindung der verheerenden COVID-19-Pandemie beizutragen. Sie erkannten die Notwendigkeit an, noch entschlossener zu reagieren, um Leben zu retten und die Pandemie so bald wie möglich zu beenden. In diesem Zusammenhang empfahlen die Abgeordneten kühne neue Schritte, um Frieden, nachhaltige Entwicklung, Geschlechtergleichstellung, Jugendförderung sowie Demokratie und Menschenrechte voranzutreiben.

Die COVID-19-Pandemie hat soziale, wirtschaftliche und politische Krisen ausgelöst. Sie hat die Ungleichheiten in und unter den Ländern verschärft und die Fortschritte für eine nachhaltige Entwicklung, Jugendförderung und Geschlechtergleichstellung zum Stillstand gebracht. Frauen und junge Menschen waren unverhältnismäßig stark betroffen, mehr Frauen als Männer verloren ihre Arbeitsplätze und übernahmen einen noch größeren Teil der Arbeit im Haushalt und viele junge Menschen haben keinen Zugang zu Arbeit oder Bildung.

Die Pandemie hat auch zu einem Anstieg der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, auch über das Internet, beigetragen und die Notwendigkeit größerer Investitionen in Dienste für Überlebende sowie weitreichenderer Regelungsrahmen für Online-Plattformen und Technologieunternehmen entstehen lassen. Wie in dieser Zusammenfassung wiedergegeben, sollten die besonderen Belange von Frauen und jungen Menschen Grundlage parlamentarischen Handelns in allen Politikbereichen sein – von Frieden über Demokratie bis hin zu nachhaltiger Entwicklung. Die Parlamente müssen ihre Bemühungen zur Verstärkung der Vertretung von Frauen in Führungspositionen und der Geschlechtergleichstellung in allen Sektoren fortsetzen und die Vertretung von Frauen und jungen Menschen in der Politik verbessern.

Von diesen Überlegungen geleitet, verpflichteten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sicherzustellen, dass die Hilfsmaßnahmen die am stärksten benachteiligten Gruppen erreichen und Impfstoffe, Tests und Behandlungen für alle erschwinglich und zugänglich sind. Sie stimmten überein, dass eine Krise von diesem Ausmaß eine weltweite Lösung erfordert, die sich am besten mithilfe des Multilateralismus erreichen lässt.

Kernaussagen zu Frieden und Sicherheit

Parlamente sind der wichtigste Ort für die gewaltlose Bewältigung von Konflikten und ein entscheidendes Forum für inklusive Debatten über Politiken für den Aufbau von Resilienz, die Stärkung der Institutionen und die Verbesserung der Sicherheit der Menschen. Um Resilienz aufzubauen und Kapazitäten zu stärken, damit sich die Länder von zukünftigen Pandemien und anderen Schocks erholen können, müssen sich die Parlamente auf entstehende Risiken und präventive Maßnahmen konzentrieren.

Die COVID-19-Pandemie hat die Notwendigkeit verdeutlicht, die Militärausgaben zu kürzen und die Haushaltsprioritäten zu verlagern, um auf die Gesundheitskrise und ihre Nachwirkungen zu reagieren. Die staatliche Entwicklungshilfe muss erhöht und die Gelder direkt für die Erholung von COVID-19 zugewiesen werden.

Die Parlamente müssen eine systematischere Finanzierung für Friedensaufbau und Konfliktprävention unterstützen, die nicht nur funktioniert, sondern auch kosteneffizient ist. Die Einbeziehung von Frauen in Friedensbemühungen ist entscheidend für den Erfolg dieser Bemühungen und für die Nachhaltigkeit von Friedensabkommen. Es ist ebenfalls notwendig, dass alle Regierungen über einen finanziell gut ausgestatteten Plan für Frauen, Frieden und Sicherheit verfügen. Zur Verhinderung von Instabilität müssen sich die Parlamente auch auf junge Menschen konzentrieren und sicherstellen, dass sie Zugang zu Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten haben.

Zur Verbesserung von Frieden und Sicherheit und für den Aufbau von Resilienz und menschlicher Sicherheit müssen die Parlamente sich herausbildende Gefahren priorisieren, frühzeitig handeln und die Fähigkeiten für lokale Reaktionen verstärken, auch die der Strafverfolgung und des Sicherheitssektors. Größere Beachtung muss Instrumenten zur Reaktion auf derartige Gefahren geschenkt werden, die verstärkt und an die unterschiedlichen Kontexte auf kommunaler, regionaler und globaler Ebene angepasst werden können.

Konfliktlösung und die Erhaltung des Friedens hängen davon ab, dass die Parlamente mit allen Akteuren, darunter die Exekutive, der Privatsektor, die Wissenschaft und die Zivilgesellschaft, zusammenarbeiten. Im Einklang mit der Unterstützung der IPU für den Multilateralismus muss der Dialog zwischen den Parlamentarierinnen und Parlamentariern auf allen Ebenen – auf kommunaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene – weitreichender und intensiver sein.

Es kann keinen dauerhaften Frieden, Sicherheit und Entwicklung ohne die Bewältigung des Klimawandels und die Sicherung der Umwelt geben. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier müssen in diesem Zusammenhang ihre Anstrengungen zur Garantie der Umsetzung aller maßgeblichen internationalen Verpflichtungen verstärken.

Kernaussagen zur nachhaltigen Entwicklung

Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass es bei echtem Wohlstand um Gesundheit vor Reichtum gehen sollte. Bei Wohlstand sollte man eher an eine gesunde Umwelt, bessere Lebensqualität und mehr Zeit für die eigene Entwicklung und die der Gemeinschaft denken. Die Pflegewirtschaft – zu der in vorderster Linie stehende Beschäftigte und Kräfte, die Kinder und alte Menschen betreuen, gehören – verkörpert diese Vision und muss daher besser wertgeschätzt und finanziert werden. Pflegefachkräfte verdienen einen besseren sozialen Schutz. Institutionen, Bestimmungen und Maßnahmen, die eine angemessene Finanzierung von Arbeitsplätzen im Gesundheitsbereich, Umweltschutz, Bildung und anderen Teilen der Pflegewirtschaft ermöglichen, müssen gestärkt werden.

Die Parlamente müssen die Rolle von Frauen in der Pflegewirtschaft stärker anerkennen. Frauen benötigen finanzielle Unterstützung für ihre unbezahlte Arbeit, Hilfe bei der Aufnahme einer Beschäftigung außerhalb schwer getroffener Wirtschaftssektoren sowie einen umfassend erweiterten Zugang zu einer bezahlbaren Kinderbetreuung. Geldtransfers und andere derartige Programme müssen stärker auf Frauen abzielen als ein Mittel zur Verteilung der Leistungen an ihre Gemeinschaften.

Mehr Investitionen in qualifizierte Arbeitsplätze für junge Menschen sowie Anreize für Unternehmertum sind ebenfalls erforderlich, um die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu senken. Der Zugang zu qualitativ hochwertigen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen wurde durch die Pandemie unterbrochen, und die Parlamente sollten den Aufbau widerstandsfähiger Bildungssysteme, die einen gleichberechtigten Zugang für alle Kinder und Jugendlichen ermöglichen, zu einer Priorität erklären.

Die Pflege von Menschen und die Pflege des Planeten gehen Hand in Hand. Die Parlamente müssen die Verlagerung hin zu einer grünen Wirtschaft über ein progressiveres Steuersystem, ein allgemeines Grundeinkommen und andere innovative Politiken unterstützen. Das derzeitige Nahrungsmittelsystem – das dazu führt, dass Millionen Menschen Hunger leiden oder unterernährt sind, hohe Abfallmengen erzeugt und sich auf störanfällige Lieferketten stützt – muss neu überdacht werden. Insbesondere die Parlamente müssen die Lage der Nahrungsmittelsicherheit überwachen und sicherstellen, dass die Länder Nahrungsmittelautarkie erreichen. Die Nahrungsmittelsysteme müssen sich stärker auf lokale Gemeinschaften stützen, und der Zugang zu wichtigen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln muss gerechter sein.

Kernaussagen zum Zugang zu Impfstoffen

Die COVID-19-Pandemie wird nicht enden, bevor die große Mehrheit der Menschen in allen Ländern geimpft sind. Als ein öffentliches Gut müssen Impfstoffe für alle Menschen auf dem Planeten leicht verfügbar sein, gerade für die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen, wie Flüchtlinge, Asylsuchende, Binnenvertriebene, staatenlose Menschen, indigene Menschen, Migranten ungeachtet ihres rechtlichen Status, Menschen mit Behinderungen, Menschen in Haft sowie Menschen, die in Gebieten unter Kontrolle von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen leben.

Die Parlamente müssen sich gegen Impfnationalismus wehren und dafür eintreten, dass Impfstoffe frei und für alle verfügbar sind, nicht nur in reichen Ländern. Länder mit hohem Einkommen müssen ihre Unterstützung für COVAX und andere multilaterale Anstrengungen zur Bewältigung der Pandemie verstärken. Es ist ebenfalls von wesentlicher Bedeutung, die öffentlichen Gesundheitsinfrastrukturen und die Kommunikation mit der Öffentlichkeit, auch über digitale Technologien, zu verstärken und geeignete öffentliche Gesundheitsmaßnahmen zum Schutz der Menschen zu ergreifen.

Mit wenigen Ausnahmen waren die Parlamentarier, die sich zur Frage eines temporären Verzichts auf die Patentierung von Impfstoffen äußerten, der derzeit von der WHO geprüft wird, allgemein für einen solchen Verzicht. Die Ermöglichung einer generischen Herstellung von Impfstoffen könnte den Zugang zu Impfstoffen für die Entwicklungsländer erhöhen, in denen nur ein Bruchteil der Bevölkerung bisher geimpft ist. Zur Lösung dieses Problems sollten Behauptungen, dass Patente einen wichtigen finanziellen Anreiz für die Forschung und Entwicklung neuer Impfstoffe darstellen, gegen öffentliche Gesundheitsinteressen sowie die erhebliche Unterstützung, die die Inhaber von Patenten über staatliche Beihilfen, öffentliche Investitionen und Abnahmegarantien erhalten, abgewogen werden.

Kernaussagen zu Demokratie und Menschenrechten

Die Pandemie hat die Demokratie in jeder Hinsicht strapaziert. Viele Länder haben Notstände ausgerufen, die die persönlichen Freiheiten in einigen Fällen ungebührlich eingeschränkt haben. Die freie Meinungsäußerung wurde unter dem Vorwand, Falschinformationen zu bekämpfen, geopfert. Es haben Einschränkungen der Medienintegrität stattgefunden, einschließlich die Inhaftierung von Journalisten, sowie Einschränkungen der persönlichen Integrität und Sicherheit, darunter der übermäßige Einsatz von Gewalt und willkürliche Verhaftungen. In einer Reihe von Ländern wurden Wahlen verschoben, einige davon ohne Festlegung eines neuen Termins.

Die Parlamente müssen eine umfassende und rasche Kontrolle über alle Notstandsmaßnahmen oder Einschränkungen von Menschenrechten und Grundfreiheiten ausüben. Die Maßnahmen müssen auf demokratische Weise zustande gekommen, verhältnismäßig, zeitlich beschränkt, notwendig und rechtmäßig sein. Die Parlamente müssen Verschwörungstheorien und Falschinformationen bekämpfen und Hass, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus, die angestiegen sind, entgegentreten. Entscheidungsfindung und der politische Dialog im Allgemeinen müssen sich auf Fakten und wissenschaftliche Beweise stützen. Alle Schritte zusammen können dazu beitragen, Vertrauen zwischen Regierungen und Bürgerinnen und Bürgern aufzubauen.

Die Pandemie bietet eine große Chance zur Stärkung der Parlamente. Indem viele Parlamente auf Fern- oder hybride Arbeitsformen zurückgreifen, hat sich die Modernisierung beschleunigt und es den Parlamenten ermöglicht, flexibler und effizienter zu werden. Dennoch kann nichts die persönlichen Interaktionen zwischen Abgeordneten und Wählern voll ersetzen, die so entscheidend für Dialog, Verhandlungen und Kompromisse sind. Bei ihren Überlegungen über die zahlreichen Auswirkungen der Pandemie auf Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und Demokratie sollten die Parlamente und Entscheidungsträger überall auf der Welt die eine, allumfassende Lektion im Gedächtnis behalten: Es gibt nur eine Menschheit auf einem Planeten.

b. Entschließung des Ausschusses für Frieden und internationale Sicherheit: Parlamentarische Strategien zur Stärkung von Frieden und Sicherheit angesichts der Bedrohungen und Konflikte, die sich aus Klimakatastrophen und deren Folgen ergeben

Von der 142. Versammlung der IPU einstimmig angenommene Entschließung
Virtuelle Sitzung, 27. Mai 2021*

Die 142. Versammlung der Interparlamentarischen Union,

unter Hinweis auf das Pariser Abkommen von 2015 einschließlich seiner Ziele, die weltweite Antwort auf den Klimawandel zu stärken, die Anpassungsfähigkeit zu verbessern sowie die Resilienz zu stärken und die Vulnerabilität aufgrund des Klimawandels zu reduzieren, und *unter Hinweis auf* die Ergebnisse der Klimawandelkonferenz in Marrakesch (COP 22), Bonn (COP 23), Katowice (COP 24) und Madrid (COP 25), *unter Betonung* des Appells in dem Text „Chile Madrid Time for Action“, Maßnahmen auszuarbeiten und umzusetzen, um die nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels zu verhindern, zu minimieren und sie zu bekämpfen, sowie *unter Betonung* der Entschließungen der IPU bei den entsprechenden parlamentarischen Sitzungen in Marrakesch, Bonn und Krakau und Madrid;

darüber hinaus unter Hinweis auf die IPU-Resolutionen Die Rolle der Parlamente bei der Sicherstellung der nachhaltigen Entwicklung durch den Umgang mit den natürlichen Ressourcen, der Agrarproduktion und dem demographischen Wandel (verabschiedet auf der 124. Versammlung der IPU, Panama, April 2011), Für eine gefahrenresistente Entwicklung: Berücksichtigung der demographischen Trends und der natürlichen Zwänge (verabschiedet auf der 130. Versammlung der IPU, Genf, März 2014), Die Bewahrung des Friedens als Instrument zur Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklung (verabschiedet auf der 138. Versammlung der IPU, Genf, März 2018), *Den Klimawandel bekämpfen* (141. Versammlung der IPU, Belgrad, Oktober 2019) und die Erklärung von Hanoi: Die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung: Auf Worte Taten folgen lassen (verabschiedet auf der 132. Versammlung der IPU, Hanoi, April 2015),

geleitet von der VN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs), die betonen, dass Klimapolitik, nachhaltige Entwicklung, Armutsbekämpfung und weltweiter Frieden untrennbar miteinander verbunden sind;

in Anbetracht der Resolutionen des VN-Sicherheitsrates und der Erklärungen des Präsidenten des VN-Sicherheitsrates zu den nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels auf internationale Stabilität, Frieden und Sicherheit, z.B. die UN-Resolutionen 2349 (2017), 2408 (2018), 2423 (2018), 2429 (2018), 2431 (2018), 2457 (2019) und 2558 (2020) sowie *in Würdigung* der Tatsache, dass der Sicherheitsrat wiederholte Male die Auswirkungen des Klimawandels, auch von Klimakatastrophen, auf den internationalen Frieden und die weltweite Sicherheit diskutiert hat;

auch in Anbetracht der Resolutionen 1325 (2000), 2467 (2019) und 2493 (2019) des VN-Sicherheitsrates, in denen die Auswirkungen von Frauen auf Kriege, Konflikte und Vertreibungen hervorgehoben werden und die Rolle von Frauen bei der Konfliktbewältigung und die Beteiligung von Frauen an Friedens- und Sicherheitsfragen gestärkt wird, sowie der Resolutionen 2250 (2015), 2419 (2018) und 2535 (2020) des VN-Sicherheitsrates, in der die Bedeutung der wachsenden Vertretung von Jugendlichen bei Entscheidungen über Friedens- und Sicherheitsfragen hervorgehoben wird;

unter Hinweis auf das VN-Übereinkommen von 1996 über den Schutz und die Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen sowie das Sendai-Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge von 2015 bis 2030, die eine wichtige Grundlage für eine nachhaltige und robuste Entwicklung mit niedrigen Emissionen darstellen;

* Die vorliegende Entschließung wurde gemäß der Sondergeschäftsordnung für virtuelle Sitzungen der Versammlung der IPU und der Ständigen Ausschüsse ausgehandelt. Folgende Mitglieder haben Vorbehalte geäußert:

Indien und die Türkei, die einen Vorbehalt hinsichtlich des gesamten Texts der Entschließung äußerten; Nicaragua, das Vorbehalte hinsichtlich der Absätze 3, 8, 11, 12, 13, 18, 28, 29, 30, 31, 32 und 33 des operativen Teils äußerte; Ungarn, das Vorbehalte hinsichtlich der Absätze 9, 14 und 20 der Präambel sowie der Absätze 17, 18, 19, 20 und 21 des operativen Teils äußerte; China, das Vorbehalte hinsichtlich Absatz 5 der Präambel sowie der Absätze 9, 23 und 25 des operativen Teils äußerte; die Tschechische Republik und Polen, die Vorbehalte hinsichtlich der Absätze 19 und 21 des operativen Teils äußerten; Thailand, das Vorbehalte hinsichtlich der Absätze 20 und 22 des operativen Teils äußerte.

mit Genugtuung über das anhaltende Engagement der internationalen Gemeinschaft bei zahlreichen weltweiten Initiativen für die Bewältigung des Klimawandels, z.B. dem VN-Klimaaktionsgipfel im September 2019, dem Klimaambitions-gipfel im Dezember 2020 und dem Klimaanpassungsgipfel im Januar 2021, die die Bekräftigung und Ausweitung der Emissionsminderungsziele durch die Staaten zur Folge hatten und die zahlreichen Chancen für die Verhinderung, Milderung, Verbesserung der Widerstandsfähigkeit sowie die Anpassung durch die Beiträge der nationalen Regierungen, Provinzen, Städte und Dörfer, Wirtschaftsunternehmen, Finanzeinrichtungen und die Zivilgesellschaft aufgezeigt haben;

unter Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sowie die internationalen Menschenrechtspakte und anderen Menschenrechtsabkommen und *unter Begrüßung* der Diskussion über den Klimawandel als rasch zunehmende globale Bedrohung für Menschenrechte und Frieden im Rahmen der 42. Sitzung des Menschenrechtsrates im September 2019;

unter Hervorhebung der Empfehlungen der Agenda zum Schutz der aufgrund von Katastrophen und Klimaänderungen über Grenzen hinweg Vertriebenen von 2015, die von der Plattform für katastropheninduzierte Vertreibung umgesetzt wird, die sich für eine verstärkte Bewältigung der Gefahren von Abwanderungen nach einer Naturkatastrophe einsetzt und sich mit Vertreibung und Migration im Kontext von Katastrophen und Klimawandel befasst;

in Würdigung des Beitrags des Internationalen Warschau-Mechanismus im Hinblick auf klimabedingte Schäden und Verluste, ihre Finanzierung, den Technologietransfer und den Aufbau von Fähigkeiten in den Entwicklungsländern, die besonders anfällig für diese negativen Auswirkungen sind, sowie insbesondere der Empfehlungen der Task Force zu umfassenden Ansätzen, um klimabedingte Vertreibung zu vermeiden, zu minimieren und zu bewältigen;

in dem Bewusstsein, dass die Welt vor beispiellosen Herausforderungen und unumkehrbaren Prozessen und vor der Überschreitung der so genannten "Kipp-Punkte" stehen würde, wenn es zu einem Temperaturanstieg von über 1,5°C käme, wie in dem Sonderbericht der Zwischenstaatlichen Sachverständigen-gruppe über Klimaänderungen von 2018 erwähnt;

unter Hinweis darauf, dass natürliche Ressourcen wie Wasser und Land die Lebensverhältnisse, Ernährungssicherheit, das Wohlergehen und die Identität insbesondere indigener Menschen bestimmen und daher Transparenz, Zugang zu Informationen, eine inklusive und sinnvolle öffentliche Beteiligung, insbesondere die umfassende, gleiche und sinnvolle Beteiligung von Frauen auf allen Entscheidungsebenen, sowie Dialog und Zusammenarbeit, insbesondere mit benachteiligten und marginalisierten Gruppen, für eine gerechte und friedliche Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen von entscheidender Bedeutung sind;

beunruhigt über die durch den Klimawandel hervorgerufene konkrete und existenzielle Bedrohung für die Menschheit und die menschliche Sicherheit, die sich negativ auf Frieden und Sicherheit weltweit auswirkt, sowie insbesondere über die gravierenden Folgen des Anstiegs des Meeresspiegels, von Dürren, Wüstenbildung, Verödung von Landstrichen, des Wandels der fragilen Ökosysteme der Polargebiete, des Verlusts von Infrastruktur, von Nahrungsmittelunsicherheit, zunehmender Knappheit an natürlichen Ressourcen einschließlich Wasser und von nichtökonomischen Verlusten und Schäden;

in Bekräftigung ihrer Sorge über neue und/oder verstärkte Vertreibungen und Migrationsbewegungen, die dadurch verursacht werden, dass sich diese Klimaphänomene weiter verstärken und Teile der Welt unbewohnbar werden, und *besorgt über* die Folgen insbesondere für junge Menschen und ihre Zukunft, sich jedoch bewusst, dass konzertierte Maßnahmen zur Milderung des Klimawandels und zur Anpassung an ihn sowie zur Planung der Entwicklung der Länder gemäß den Schlussfolgerungen des Groundswell-Berichts 2018 der Weltbank die Zahl der Menschen, die zur Migration gezwungen werden, erheblich verringern kann;

besorgt angesichts der besonderen Auswirkungen des Klimawandels auf Einzelpersonen und Gruppen, die sich bereits in einer benachteiligten Lage befinden, in erster Linie Frauen und Kinder, indigene Menschen und Gemeinschaften, Menschen mit Behinderungen sowie Flüchtlinge, Vertriebene, einschließlich Binnenvertriebene; *in Anbetracht dessen*, dass Menschen, die aus Umweltgründen, durch Katastrophen oder durch nachteilige Auswirkungen des Klimawandels vertrieben werden, nicht per se über einen offiziellen Flüchtlingsstatus verfügen oder ihnen Schutz durch die Flüchtlingskonvention von 1951 gewährt wird, jedoch die Ansicht des Ausschusses für Menschenrechte vom 20. Januar 2020 *zur Kenntnis nehmend*, dass Länder Menschen nicht deportieren dürfen, die sich aufgrund des Klimawandels Bedingungen gegenübersehen, die ihr Recht auf Leben verletzen;

besorgt, dass Spannungen und Katastrophen im Zusammenhang mit dem Klima zu einer erhöhten Marginalisierung, Diskriminierung und Missbrauch führen könnten, einschließlich eines Anstiegs von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, die sich in erster Linie gegen Frauen und Mädchen richtet;

im Bewusstsein der nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels auf die bestehenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ungleichgewichte sowie die Verteilungskonflikte auf der ganzen Welt; *unter Betonung* der Tatsache, dass der Klimawandel aufgrund dieser negativen Auswirkungen auf die menschliche Sicherheit bereits bestehende Risiken und diskriminierende Praktiken verstärkt – insbesondere, wenn die staatlichen Strukturen bereits schwach sind; *unter Hinweis darauf*, dass die negativen langfristigen Folgen des Klimawandels zu einem Anstieg der politischen Spannungen innerhalb der nationalen Grenzen und über sie hinweg führen könnten; *in Anbetracht dessen*, dass fragile Gesellschaften, einschließlich von Konflikten heimgesuchte Gesellschaften, dazu tendieren, sich schlechter an den Klimawandel als andere anpassen zu können, und dass es ihnen an der Fähigkeit fehlt, ihrerseits wirksam zur Milderung des Klimawandels beizutragen;

besorgt, dass diese und andere Auswirkungen auf die menschliche Sicherheit wie eine erhöhte Nahrungsmittel- und Wasserunsicherheit die bestehenden Gefahren für die nationale, regionale und internationale Sicherheit verschärfen und weitere schaffen könnten und dass die am stärksten benachteiligten Menschen und Teile der Welt sowohl von der Klimakrise als auch von der aktuellen Corona-Pandemie – einer weiteren Krise von weltweitem Ausmaß – besonders betroffen sind, wobei die eine Krise die andere noch verschärft;

eingedenk der Tatsache, dass der Zugang zu den Ressourcen und Mitteln, die für die Bewältigung von drastischen Veränderungen wie der Klimakrise erforderlich sind, durch die vorhandenen Formen der Diskriminierung und Vulnerabilität aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der Ethnizität, der Religion und der politischen oder sonstigen Zugehörigkeit, der nationalen oder sozialen Herkunft, von Armut, Geburt oder sonstigem Status, der Fähigkeiten, Indigenität, des Alters, der Tradition und institutioneller Misshandlungen strukturell eingeschränkt ist; all diese Faktoren können sich überschneiden oder vermischen und sollten bei Friedensschaffungs- und Konfliktmanagementkonzepten sowie Resilienz- und Anpassungsstrategien angemessen berücksichtigt werden;

unter Hervorhebung der Tatsache, dass die Politik die langfristigen nachhaltigen Klimamaßnahmen bestimmt, weshalb die Verantwortung für die Schaffung eines gerechten Übergangs mithilfe klimanachhaltiger politischer Maßnahmen nicht oder zumindest nicht hauptsächlich auf den Einzelnen und seine individuellen Entscheidungen als Verbraucher abgeschoben werden können;

1. *fordert* unverzügliche und multilaterale Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und Abschwächung seiner Auswirkungen auf die internationale Stabilität und Sicherheit mit derselben Dringlichkeit wie die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und fordert daher alle Parlamente auf, die Ratifizierung und menschenrechtsgestützte Umsetzung des Pariser Abkommens in ihren jeweiligen Ländern voranzutreiben und zu unterstützen;
2. *fordert die* Mitgliedsparlamente der IPU und ihre Regierungen *auf*, in Programme für eine klimarobuste Entwicklung zu investieren, die auf die Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung abzielen;
3. *begrüßt* die zahlreichen und vielfältigen nationalen Bekenntnisse zur Befassung mit dem Zusammenhang zwischen Klima und Sicherheit, Eindämmung des Klimawandels und Bekämpfung der klimabezogenen Sicherheitsbedrohungen durch Abschwächungsmaßnahmen, Schaffung von Resilienz und Anpassung und hebt hervor, dass Maßnahmen tendenziell konflikt sensibler sind, wenn sowohl Männer als auch Frauen sowie marginalisierte und besonders gefährdete Gruppen, einschließlich indigene Gemeinschaften, einbezogen werden;
4. *fordert die* Mitgliedsparlamente der IPU *auf*, ihre Regierungen zu bewegen, mit den maßgeblichen regionalen und internationalen Institutionen zusammenzuarbeiten, um robuste Klimaresistenz-Strategien voranzutreiben, insbesondere im Hinblick auf mit dem Klima verbundene Sicherheitsrisiken, und sich auch der von Nauru und Deutschland ins Leben gerufenen Freundesgruppe "Klima und Sicherheit" anzuschließen und sie zu unterstützen; diese besteht aus über 50 Staaten und setzt sich dafür ein, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen den Zusammenhang zwischen Klima und Sicherheit bei all seinen Entscheidungen berücksichtigt, damit sich die internationale Gemeinschaft überall dort, wo der Klimawandel Frieden und Sicherheit bedroht, auf Konflikte einstellen kann, bevor sie ausbrechen oder eskalieren;

5. *fordert* die Mitgliedsparlamente der IPU *auf*, sich für zivile Konfliktprävention einzusetzen und Partnerschaften und zielführende Konsultationen von betroffenen Gemeinschaften zu unterstützen, um Risikoanalysen und -prognosen in ihren politischen Maßnahmen zu verankern und dabei den Schwerpunkt insbesondere auf sicherheitsbezogene Kipp-Punkte im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu legen, die unter anderem auf Menschenrechtsindikatoren wie das Auftreten sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt basieren;
6. *betont* die Notwendigkeit, die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren und betroffenen Gemeinschaften zu verstärken, um Forschungsprojekte, Datenerfassung und Analysen der Gefahren im Zusammenhang mit dem Klimawandel, einschließlich Vertreibungen infolge von raschen und schleichenden Katastrophen im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu fördern, um sich für künftige Herausforderungen zu wappnen und Präventionsstrategien zu entwickeln;
7. *fordert* die Parlamente *auf*, die lokalen Steuerungsfähigkeiten und Anpassungskapazitäten zu stärken, um den Missbrauch von Menschenrechten und die Destabilisierung von Subregionen oder Ländern infolge des Klimawandels zu vermeiden;
8. *fordert* die betroffenen Parlamente *auf*, unter gebührender Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels auf indigene Gemeinschaften und andere benachteiligte Bevölkerungsgruppen klimareaktive und gender- und konflikt-sensitive Gesetze zu verabschieden, einschließlich wichtige Haushaltsgesetze, sowie maßgebliche staatliche Politiken, die auf das Vorantreiben der SDGs und die Aufrechterhaltung von Friedensagenden abzielen, damit die Verbindung zwischen Klima und Sicherheit in ihren parlamentarischen Debatten angemessenen Raum findet; und, in diesen Zusammenhang *sicherzustellen*, dass alle Friedens- und Entwicklungsbemühungen gegebenenfalls im Hinblick auf Klimasensitivität beurteilt werden, um vorhersehbare zukünftige destabilisierende Auswirkungen des Klimawandels auf Sicherheit und Wohlstand zu minimieren, sowie umgekehrt zu gewährleisten, dass Programme und Strategien zur Abschwächung des Klimawandels und zur Anpassung an ihn konflikt-sensitiv und auf eine Maximierung der Synergien für den Friedenaufbau ausgerichtet sind;
9. *fordert* die Regierungen *auf*, konkrete Maßnahmen zur Abschwächung der klimabedingten Risiken zu treffen und die Resilienz gegenüber dem Klimawandel zu fördern und dabei diese Maßnahmen auf den Grundsatz der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung und der jeweiligen Fähigkeiten im Lichte der unterschiedlichen nationalen Umstände zu stützen, und fordert in diesem Zusammenhang die Regierungen und Parlamente *auf*, die von klimabedingten Katastrophen betroffenen Länder zu unterstützen und im Einklang mit dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und dem Pariser Abkommen eine prognostizierbare und nachhaltige finanzielle, technische und kapazitätsaufbaubezogene Hilfe zu leisten; *ruft* die Parlamente *ebenfalls auf*, ihre Regierungen nachdrücklich aufzufordern, sich zu verpflichten, finanzielle Unterstützung für Volkswirtschaften mit mittlerem und niedrigem Einkommen zu leisten, indem sie einen Beitrag zum Green Climate Fund leisten;
10. *fordert* die Parlamente darüber hinaus *auf*, ihre jeweiligen Regierungen für die Erzielung von Fortschritten bei der Bekämpfung klimabezogener Katastrophen und Sicherheitsrisiken rechenschaftspflichtig zu halten und ihre Regierungen nachdrücklich aufzufordern, Finanzierungslücken für Maßnahmen zum Ausgleich der Folgen des Klimawandels und Anpassungsmaßnahmen zu schließen, um die Vereinten Nationen, andere multilaterale Institutionen, Staaten und weitere relevante Akteure in die Lage zu versetzen, mit den sich abzeichnenden Veränderungen bei Nahrungsmittelsicherheit, Vertreibungen und erhöhten Katastrophenrisiken umzugehen;
11. *fordert* die Parlamente *außerdem auf*, die Prozesse zur Abschwächung des Klimawandels und zur Anpassung an ihn entsprechend den Verpflichtungen nach dem Pariser Abkommen zu beobachten, eine umfassende Katastrophenrisikosteuerung zu fördern, um allen Akteuren zu ermöglichen, Koordinierungsmaßnahmen auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene zu treffen und dadurch katastrophens- und klimabezogene Risiken zu reduzieren, marginalisierten und benachteiligten Gemeinschaften, wie indigenen Völkern, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, gebührende Beachtung zu schenken, eine Katastrophenprävention und -verringerung zu betreiben und eine langfristige Finanzierung zur Unterstützung widerstandsfähiger, klimabeständiger Infrastrukturen und naturbasierter Lösungen zu leisten sowie die Staatsfinanzen effektiv zu kontrollieren und zu diesem Zweck vollständige Ausgabentransparenz herzustellen;

12. *fordert* die Parlamente und ihre jeweiligen Regierungen *nachdrücklich auf*, Maßnahmen zur Stärkung unseres gemeinsamen Verständnisses über klimabedingte Risiken und Bedrohungen zu ergreifen und dabei auch auf traditionelles Wissen wie das indigener und lokaler Gemeinschaften zurückzugreifen, Initiativen zu unterstützen, die gewährleisten, dass öffentliche Aufklärungskampagnen und geeignete Bildungsprogramme umgesetzt und in Lehrpläne in Schulen aufgenommen werden, und die Entwicklung leicht zugänglicher Frühwarnsysteme zu fördern;
13. *fordert* die Parlamente *auf*, alle Mittel zur Stärkung der Resilienz von Menschen zu prüfen, die vom Klimawandel betroffen sind, umfassende geschlechtsspezifische nationale Resilienzmechanismen zu entwickeln und dabei Frauen und die Vertreter marginalisierter Gemeinschaften, wie indigene Völker, in vollem Umfang in die Gestaltung und Umsetzung dieser Mechanismen einzubeziehen, die Katastrophenvorsorge und -prävention zu stärken und die Katastrophenbereitschaft zu verbessern;
14. *fordert* die Parlamente *nachdrücklich auf*, eine berechenbare, mehrjährige, nicht zweckgebundene, kooperative und flexible humanitäre Finanzierung zu fördern und zu verstärken, darunter auch für katastropheninduzierte Vertreibungen, den Zusammenhang zwischen humanitärer Entwicklung und dem Frieden mit den Auswirkungen des Klimawandels miteinander zu verknüpfen und Übergangshilfen zur Deckung des dringenden Bedarfs und die Möglichkeit einer stärkeren, schnelleren und inklusiveren Wiederaufbaupolitik entsprechend dem "Build Back Better"-Ansatz zu schaffen;
15. *fordert* die Parlamente *auf*, Partnerschaften mit einer Beteiligung der Zivilgesellschaft zu unterstützen, um den politischen Willen zu stärken, sich auf konstruktive, partizipative und zukunftsorientierte Weise mit den negativen Auswirkungen des Klimawandels zu befassen, und fordert darüber hinaus insbesondere aller Parlamentarier *auf*, den Dialog mit der Jugend zu pflegen, da sie die Hauptgruppe ist, die sich mit den Folgen des Klimawandels auseinandersetzen muss;
16. *fordert* die Parlamente ebenfalls *auf*, die Einführung einer stärkeren sozialen Verantwortung von Unternehmen im Privatsektor zu unterstützen, um Spannungen zwischen Unternehmen und lokalen Gemeinschaften aufgrund knapper Ressourcen abzumildern;
17. *legt* den Regierungen *nahe*, internationale Arbeitsgruppen zu katastropheninduzierten Vertreibungen und Migration in vollem Umfang zu unterstützen und innerhalb der Architektur des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen die Empfehlungen der Task Force "Vertreibungen" des Internationalen Mechanismus von Warschau umzusetzen;
18. *fordert* die Parlamente *auf*, die sichere, ordnungsmäßige und legale Migration und die geplante Umsiedlung in Würde von Menschen, die ihre Heimat infolge des Klimawandels verlassen müssen, zu unterstützen;
19. *legt* den Regierungen und Parlamenten *nahe*, die Leitsätze der Vereinten Nationen über Binnenvertreibungen in vollem Umfang umzusetzen, die Rechte und lokalen Vereinbarungen über die Mobilität von Arbeitsmigranten, Nomaden und Viehhalter zu stärken und die Ziele und Grundsätze des Globalen Pakts für eine sichere, geordnete und reguläre Migration zu berücksichtigen;
20. *fordert* die Regierungen *auf*, über das Konzept der so genannten "Klimapässe" nachzudenken, das Menschen, die von den Auswirkungen des Klimawandels existenziell bedroht sind und keine andere Wahl haben, als ihre Heimat zu verlassen, die Möglichkeit verschafft, selbstbestimmt über ihre Migrationsoptionen zu entscheiden, und ihnen die Einreise und Niederlassung in sicheren Ländern ermöglicht, und in diesem Zusammenhang *zu erwägen*, Migranten, die aufgrund des zu erwartenden vollständigen Verschwindens ihres Landes befürchten müssen, de facto oder de jure ihre Staatsbürgerschaft zu verlieren, vollumfänglichen Zugang zu bürgerlichen Rechten zu gewähren;
21. *fordert* die IPU-Mitgliedsparlamente *auf*, ihr Recht in Anspruch zu nehmen, sich bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu Wort zu melden, um Nachfolgemaßnahmen bei Vertreibungen und Migration auch im Zusammenhang mit dem Klimawandel sowie der Umsetzung des Globalen Pakts für Migration und Flüchtlinge einzufordern;
22. *empfiehlt* allen betreffenden Staaten, sich auf eine gemeinsame Position zu einigen, um ein Waffenexportembargo gegenüber Akteuren in Staaten zu verhängen, die unter Unsicherheit, Fragilität und Konflikten leiden – auch infolge klimabezogener Katastrophen;

23. *legt* den Regierungen *nahe*, die Abschwächung klimawandelinduzierter Sicherheitsrisiken in allen operativen Bereichen des Friedenaufbaus einzubeziehen, darunter Frühwarn-, Konfliktpräventions-, Krisenmanagement-, Vermittlungs- und Friedensunterstützungsoperationen und eine Post-Konflikt-Rehabilitierung, das VN-System in die Lage zu versetzen, die Zusammenhänge zwischen Klima und Sicherheit besser zu erkennen, zu bewerten und besser danach zu handeln, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aufzufordern, die Bedrohung, die klimabezogene Risiken für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit darzustellen, anzuerkennen und den neu geschaffenen Klimasicherheitsmechanismus der VN bei der Erleichterung der Schaffung und Verbreitung geeigneter Risikobewertungen und von Strategien für die Risikobewältigung durch die maßgeblichen VN-Akteure zu unterstützen;
24. fordert die Parlamente auf, eine stärkere internationale, regionale und grenzübergreifende Zusammenarbeit zu klimabedingten Sicherheitsrisiken zu gewährleisten in dem Bestreben, geeignete kollektive Antworten zur Bewältigung der aktuellen und zukünftigen Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu finden; diese Bemühungen sollten sich auf die Erfahrungen und bewährten Verfahren der Länder stützen;
25. *begrüßt* in diesem Zusammenhang konkrete Initiativen zur Stärkung der Fähigkeiten auf diesem Gebiet, das heißt die Einsetzung des ersten Beraters für Klima und Sicherheit bei der UN-Mission in Somalia;
26. *erinnert* alle Staaten *darán*, dass ein ambitionierter Klimaschutz und Aufbau von Resilienz und vorausschauendes Verhalten, die die Menschen und ihre Bedürfnisse in das Zentrum aller politischen Überlegungen stellen, Voraussetzung nicht nur für die Herstellung von Klimagerechtigkeit, sondern auch für die Verfolgung der Agenda für nachhaltigen Frieden ist;
27. *erinnert* alle Staaten *darüber hinaus an* die Verpflichtungen, die sie in der Allgemeinen Erklärung über die Rechte der indigenen Völker eingegangen sind und die sich unter anderem auf ihr Recht auf Leben in Frieden und Sicherheit, auf die Erhaltung und den Schutz der Umwelt sowie die Leistungsfähigkeit ihres Bodens oder ihrer Gebiete und Ressourcen bezieht, auf das Recht, zu den Prioritäten im Hinblick auf die Nutzung ihres Bodens oder ihrer Gebiete und anderen Ressourcen konsultiert zu werden, und auf die gerechte und faire Lösung von Konflikten und Streitigkeiten mit Staaten oder anderen Parteien;
28. *legt* den IPU-Mitgliedsparlamenten *nahe*, regionale so genannte "Klimaparlamente" einzusetzen oder zu stärken und den beispielhaften Initiativen in Asien (Bangladesch, China und Indien), Lateinamerika (Bolivien, Chile, Ecuador und Peru sowie allgemeiner das ParlAmericas Parlamentarische Netzwerk für Klimawandel), im Nahen Osten und in Nordafrika (Jordanien, Marokko und Tunesien), in Subsahara-Afrika (Benin, Elfenbeinküste, Kongo, Senegal und Tansania sowie die Zusammenarbeit mit dem Panafrikanischen Parlament) und Europa (innerhalb des Europäischen Parlaments) zu folgen, um Parlamentarier in diesem Zusammenhang fortzubilden und ihnen mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten zu verschaffen;
29. *fordert* die Parlamente *nachdrücklich auf*, nationale Aktionspläne entsprechend den Verpflichtungen nach dem Pariser Abkommen umzusetzen und zu beobachten und dadurch Strategien zu etablieren, mit denen wir uns auf die oben beschriebenen Herausforderungen, Bedrohungen und Konflikte infolge von klimabezogenen Katastrophen und ihren Folgen einstellen können;
30. *fordert* die Parlamente *darüber hinaus nachdrücklich auf*, als Teil der Erholungsmaßnahmen von der COVID-19-Pandemie eine Verlagerung auf sauberere Energiealternativen, wie Sonnen- und Windenergie, anzuregen, und Investitionen in saubere Energien Priorität zu geben, oder Beihilfen und Bankkredite für Unternehmen mit drastischen Emissionsverringerungen zu verbinden, vor allem in emissionsintensiven Sektoren, was dazu beiträgt, das Konzept "grüner Kredite" zu fördern, die auf die Finanzierung umweltfreundlicher Projekte, Anreize für grüne Projekte, smarte Gebäude und einen grünen öffentlichen Transport ausgerichtet sind;
31. *fordert* die Mitgliedsparlamente der IPU *auf*, das Strafrecht zu verschärfen, um weitreichende, langfristige und schwere Umweltschäden zu verhindern und zu bestrafen, ungeachtet dessen, ob sie in Friedens- oder Kriegszeiten verursacht wurden, und die Möglichkeit zu prüfen, das Verbrechen des Ökozids anzuerkennen, um die aus Klimakatastrophen und ihren Folgen resultierenden Bedrohungen und Konflikte zu verhindern;
32. *fordert* die Mitgliedsparlamente der IPU und ihre Regierungen *nachdrücklich auf*, eine Bestandsaufnahme der Erfahrungen vorzunehmen, wie die Pandemie weltweit bewältigt wurde; Erfahrungen aus der internationalen Zusammenarbeit und des Krisenmanagements könnten sich von beträchtlichem Wert erweisen, wenn es darum geht, klimabedingte Bedrohungen oder andere zukünftige Bedrohungen allgemein zu bewältigen;

33. *fordert* die Mitgliedsparlamente der IPU und ihre Regierungen *ebenfalls nachdrücklich auf*, Politiken zu beschließen und umzusetzen, die nichtklimatische Stressfaktoren und vom Menschen verursachte Bedrohungen für die Umwelt, wie illegale, nicht gemeldete und unregulierte Fischerei (IUU-Fischerei) sowie die nicht nachhaltige und ungerechte Nutzung von Wasserressourcen u.a. reduzieren und ausmerzen, die weiter zu der vom Klimawandel verursachten Nahrungsmittel- und Wasserunsicherheit beitragen;
34. *fordert* die Mitgliedsparlamente der IPU *auf*, das Sekretariat des Ständigen Ausschusses der IPU für Frieden und internationale Sicherheit bis zur 146. Versammlung über die von ihnen unternommenen Maßnahmen in Kenntnis zu setzen, die sie zur Umsetzung dieser EntschlieÙung ergriffen haben.

c. Entschließung des Ausschusses Ausschuss für nachhaltige Entwicklung: Die Einbeziehung von Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft in alle Maßnahmen zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung, insbesondere nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion

*Im Konsensverfahren von der 142. Versammlung der IPU verabschiedete Entschließung^{**}
Virtuelle Sitzung, 27. Mai 2021*

Die 142. Versammlung der Interparlamentarischen Union,

die Politische Erklärung des Gipfels für nachhaltige Entwicklung vom September 2019 *nachdrücklich befürwortend*, die erneut die Verpflichtung bekräftigt, die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung voranzutreiben, und zu beschleunigten Maßnahmen zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) aufruft;

unter Hinweis auf die Ministererklärung 2019 der Umweltversammlung der Vereinten Nationen, insbesondere die Verpflichtung der Regierungen weltweit, „die nationalen Strategien für das Ressourcenmanagement mit integrierten kompletten Lebenszyklus-Ansätzen und Analysen zur Erzielung ressourceneffizienter und emissionsarmer Volkswirtschaften zu verbessern“, jedoch unter Berücksichtigung der nationalen Umstände;

in Anbetracht der Schaffung der Globalen Allianz für Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz, die darauf abzielt, den Übergang zu einer globalen Kreislaufwirtschaft für die effizientere und gerechtere Nutzung von Ressourcen zu unterstützen, um nachhaltigen Konsum und Produktion sowie eine inklusive und nachhaltige Industrialisierung zu erreichen;

unterstreichend, dass Kreislaufwirtschaft und Digitalisierung sowie die Wechselwirkung zwischen ihnen einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der SDG leisten können, insbesondere verantwortlichen Konsum und Produktion;

eingedenk dessen, dass wir uns aufgrund von COVID-19 beträchtlichen Verwerfungen gegenübersehen, die uns zwingen werden, vor dem Hintergrund der Krise unsere beschränkten Mittel noch effizienter einzusetzen;

unter Betonung der Tatsache, dass die COVID-19-Pandemie schwer erarbeitete Entwicklungsgewinne rückgängig gemacht hat, insbesondere bei der Erreichung von Geschlechtergleichheit und Armutsbekämpfung, und die von der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung angegangenen großen wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten und Herausforderungen aufgedeckt und folglich das Erreichen der SDG umso notwendiger und dringlicher gemacht hat;

nachdrücklich darauf hinweisend, dass ein verantwortungsvoller Konsum und eine verantwortungsvolle Produktion zentrale und bereichsübergreifende Bestandteile der SDG sowie entscheidende Mittel für einen besseren ("Build back better") und grüneren Wiederaufbau sind, da sie den effizienten Einsatz natürlicher Ressourcen ermöglichen, Umweltzerstörung, -verschmutzung und Abfall minimieren und alle Phasen des Lebenszyklus berücksichtigen, während sie größere Möglichkeiten für eine soziale und wirtschaftliche Entwicklung schaffen und somit zur Armutsbekämpfung und zum gemeinsamen Wohlstand beitragen;

sich dessen bewusst, dass die Pandemiekrise die Unsicherheit langer und komplexer Wertschöpfungsketten sowie die Mängel des linearen "take-make-use-dispose"-Musters von Produktion und Verbrauch aufgedeckt hat;

in Anbetracht dessen, dass die Produktpreise nicht immer die Umwelt- oder die sozialen Kosten widerspiegeln, z.B. die Auswirkungen der Umweltverschmutzung oder unterbezahlte Arbeit, die sich negativ auf die Gesundheit und Lebensqualität der Menschen auswirken;

die Veröffentlichung angemessener Produktinformationen für die Verbraucher *empfehlend* und die Entwicklung von Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz der Produktketten *fördernd*;

unter Betonung der Tatsache, dass der Wandel zur Kreislaufwirtschaft, obwohl er hauptsächlich mit der Herstellung von Produkten oder mit ressourcenintensiven Industrien und Wertschöpfungsketten verbunden ist, sich auf die gesamte Wirtschaft, einschließlich der auf Dienstleistungen ausgerichteten Wirtschaftszweige, bezieht und daher die Einbindung aller Akteure in jeden Wirtschaftszweig und jeden Wirtschaftssektor erfordert;

* Die vorliegende Entschließung wurde gemäß der Sondergeschäftsordnung für virtuelle Sitzungen der Versammlung der IPU und der Ständigen Ausschüsse ausgehandelt. Folgende Mitglieder haben Vorbehalte geäußert: Indien, das Vorbehalte hinsichtlich der Absätze 7 und 29 der Präambel äußerte; Nicaragua, das Vorbehalte hinsichtlich der Absätze 3, 8, 20 und 28 des operativen Teils äußerte.

in Anbetracht dessen, dass sich die Welt derzeit mithilfe politischer Initiativen wie dem Europäischen Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft inmitten der Schaffung einer größeren Kreislaufwirtschaft und in der digitalen Revolution befindet, die beide das Potenzial haben, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft zu verändern;

darüber hinaus in Anbetracht dessen, dass derzeit große Anstrengungen von nationalen und internationalen politischen Entscheidungsträgern unternommen werden, um beide Übergänge zu fördern und zu regeln, wobei eine zunehmende Notwendigkeit besteht, ihre Anstrengungen miteinander abzustimmen und Brücken zwischen den verschiedenen Politiken bauen;

die Tatsache unterstreichend, dass durch die Politik „Digitalisierung für Entwicklung“ (D4D) geprüft wird, inwieweit die Digitalisierung das Leben der Menschen verändern könnte und zu einem inklusiven, gerechten, effizienten, bezahlbaren, schnelleren und vor allem nachhaltigen universalem Wachstum führen könnte;

in Anbetracht dessen, dass die Digitalisierung neue digitale Plattformen entstehen lässt, zur Schaffung neuer Märkte beiträgt, die auf der Virtualisierung der Produkte und Prozesse basieren können, und eine leichtere und effizientere Vernetzung, Kooperation und Ko-Kreation mit den Interessengruppen ermöglicht;

in Anbetracht dessen, dass die Digitalisierung zur Kostensenkung und zur Verbesserung der Effizienz, einschließlich der Ressourceneffizienz, beiträgt;

unter Betonung der wichtigen Rolle internationaler digitaler Lern- und Kooperationsplattformen, häufig mit virtuellen Technologien, für das Lernen, die Vernetzung und die Ko-Kreation, während die COVID-19-Pandemie auf der ganzen Welt das Bildungssystem vor große Herausforderungen stellt aufgrund des begrenzten Zugang zu Infrastrukturen und Technologien;

sich dessen bewusst, dass Digitalisierung nicht ein Ziel an sich ist, sondern den Weg für das tatsächliche Erreichen aller 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung bereitet und ihre Verwirklichung beschleunigt;

unter Betonung der Tatsache, dass die COVID-19-Krise die Digitalisierung beschleunigt hat;

in Anbetracht dessen, dass sich das Verhalten der Verbraucher im Hinblick auf die Digitalisierung aufgrund der eingeschränkten Mobilität der Menschen angesichts der Gesundheitsvorschriften des Abstandhaltens infolge der Pandemie radikal verändert hat, insbesondere im Hinblick auf Transaktionen für private und öffentliche Güter;

unterstreichend, dass alle zukünftigen Strategien für die Risikoverringerung von (riesigen) Datenmengen gesteuert sein werden;

unter gebührender Beachtung der Tatsache, dass die am stärksten benachteiligten Menschen nicht zu Opfern der Kreislaufwirtschaft und des digitalen Wandels werden dürfen, indem Solidarität im Wiederaufbauprozess einbezogen wird, um die Chancen der derzeitigen Krise in vollem Umfang zu nutzen;

unter Betonung der Tatsache, dass der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft das Potenzial besitzt, den Ländern zu ermöglichen, das Wachstum vom Verbrauch von Ressourcen und von Umweltfolgen zu entkoppeln, und wirtschaftliche Möglichkeiten zu schaffen, eine langfristige Widerstandsfähigkeit aufzubauen und Umwelt und menschliche Gesundheit zu schützen;

unter Betonung der Tatsache, dass die Umsetzung der Grundsätze der Kreislaufwirtschaft in Schlüssel-sektoren eine wichtige Rolle zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und bei der Bewältigung des Klimawandels spielen kann;

in Anbetracht dessen, dass die Schaffung von Verbrauchernachfrage für ressourceneffiziente Produkte eine Herausforderung sein kann, da ökologisch nachhaltige Produkte nicht ohne Weiteres zur Verfügung stehen sowie nicht bezahlbar, nutzerfreundlich oder funktionell und attraktiv für die Verbraucher sein könnten, insbesondere in der Anfangsphase ihrer Entwicklung;

in Anerkennung des Potenzials der Digitalisierung zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft, und unter Betonung der Tatsache, dass die Grundsätze der Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit im Zentrum der Digitalisierung stehen müssen;

in Anbetracht dessen, dass Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft von folgenden „Brückentechnologien“ angetrieben werden: das Internet der Dinge, künstliche Intelligenz, Robotik, Big Data, 3D-Druck, Augmented Reality und Blockchain;

in Anerkennung dessen, dass Kreislaufwirtschaft und Digitalisierung über das Potenzial verfügen, zu einem gerechten Wirtschaftswachstum beizutragen und die wirtschaftliche Emanzipation von Frauen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen sowie Kollektivmaßnahmen von Jugendlichen ermöglichen;

unter Betonung der Tatsache, dass die durchgängige Berücksichtigung der Digitalisierung und der Kreislaufwirtschaft Ehrgeiz, politischen Willen und einen grundlegenden Wandel der Betrachtungsweise auf allen Ebenen erfordert, was weit über die normalen digitalen und ökologischen politischen Agenden hinausgeht und auf einem systemischen nationalen Ansatz unter Beteiligung aller Sektoren der Gesellschaft sowie einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit basieren muss;

1. *ruft* die Parlamente *auf*, als Teil ihrer Anstrengungen zur Erreichung der SDG insbesondere verantwortlichem Konsum und Produktion, Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft größere Bedeutung auf der politischen Agenda zuzumessen;
2. *ruft* die Parlamente *auf*, die Grundsätze von Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft durchgehend bei den staatlichen Maßnahmen und nationalen Strategien zu berücksichtigen und günstige Rahmenbedingungen für ihre Umsetzung zu schaffen;
3. *stellt fest*, dass einer Verringerung der bestehenden Ungleichheiten im Hinblick auf den Zugang zu digitalen Plattformen für Frauen und viele benachteiligte Bevölkerungsgruppen sowie marginalisierte Teile der Gesellschaft, darunter indigene Völker, bestimmten Ethnien angehörende Gemeinschaften sowie Menschen mit Behinderungen, gebührende Beachtung geschenkt werden sollte, um ihre umfassende Teilhabe am digitalen wirtschaftlichen Übergang zu verbessern;
4. *ruft* die Parlamente *auf*, geeignete Regelungsrahmen zu fördern, einschließlich wirtschaftliche und finanzielle Anreize mit dem Ziel, es zu ermöglichen, dass Kreislaufwirtschaftsmodelle nachhaltige Produkte und Dienstleistungen liefern, die sowohl skalierbar als auch wettbewerbsfähig im Hinblick auf Preis, Qualität und Komfort sind;
5. *ruft* alle Akteure *auf*, vor dem Hintergrund der Pandemie die richtigen innovativen Entscheidungen zu treffen und zukunftssichere und nachhaltige Sektoren und Technologien zu priorisieren, während sie von den enormen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Vorteilen einer intelligenten Digitalisierung profitieren;
6. *ruft* die Parlamente *auf*, die Notwendigkeit für und die Chance auf eine robuste inklusive Erholung von der Covid-19-Pandemie mit niedrigen Emissionen als ein Wegbereiter für das Erreichen der Agenda 2030 anzuerkennen, und ruft sie auf sicherzustellen, dass die Erholungspläne verantwortungsvolle Konsum- und Produktionspraktiken enthalten, die unter anderem auf den Grundsätzen von Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft basieren, jedoch unter Berücksichtigung der nationalen Umstände;
7. *ruft* die Parlamente *auf*, Gesetze zu verabschieden, die Nahrungsmittelverschwendung und -verluste in jeder Phase und auf jedem Niveau der Nahrungsmittellieferkette bekämpfen, und die Nutzung neuer Technologien zur Schaffung eines integrierten Agrar- und Nahrungsmittelsystems anzuregen, durch das die Nahrungsmittelnutzung optimiert wird und der Verlust und die Verschwendung von Ressourcen minimiert werden;
8. *fordert* die Parlamente *nachdrücklich auf*, Politiken zu unterstützen, die Reparatur, Wiederverwendung und Ressourcenrecycling, einschließlich die Gestaltung von Produkten, die für das Recyceln, die Reduzierung des Rohstoffverbrauchs und die Verwendung sekundärer Ressourcen geeignet sind, fördern, um ein nachhaltiges Ressourcenmanagement zu erleichtern, und ruft sie auf, neue Unternehmens- und Dienstleistungsmodelle zu fördern, die nicht vom Massenkonsum von Wegwerfprodukten abhängen;
9. *ersucht* die Parlamente sicherzustellen, dass alle öffentlichen Institutionen auf zentraler und lokaler Ebene einen ganzheitlicheren Ansatz im Hinblick auf die Nachhaltigkeit verfolgen und gleichzeitig die Grundsätze der Digitalisierung und der Kreislaufwirtschaft integrieren; dies schließt die Verabschiedung gesetzlicher Rahmen und Überwachungssysteme für eine grüne und nachhaltige Beschaffung ein;
10. *fordert* die Parlamente *auf*, die Koordinierung der internationalen Politik der Normen, Bestimmungen und Politiken für die Kreislaufwirtschaft zu fördern;
11. *ruft* die Parlamente *auf*, eine Umgebung zu schaffen, die die Entwicklung und Anwendung digitaler Lösungen wie das Internet der Dinge, künstliche Intelligenz und Blockchain fördert, die darauf abzielen, das Potenzial der Kreislaufwirtschaft zu maximieren;

12. *ruft* die Parlamente *darüber hinaus auf*, als Teil der Anstrengungen zur Schaffung günstiger Bedingungen für die Digitalisierung und die Kreislaufwirtschaft einen besonderen Schwerpunkt auf Datenpolitiken und eine gemeinsame Datenarchitektur zu legen;
13. *fordert* die Parlamente *auf*, Forschung und Entwicklung zu fördern, um Innovation und Wissensaustausch, einschließlich den Technologietransfer, insbesondere in Entwicklungsländer zu einvernehmlich festgelegten Bedingungen für die Aufnahme, verstärkte Nutzung und Replizierung ressourceneffizienter und sauberer Technologien und innovativer Unternehmenspraktiken auf der Grundlage von Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft zu verstärken;
14. *fordert* die Parlamente *auf*, die Zusammenarbeit mit der durch Resolution A/RES/71/251 der Generalversammlung der Vereinten Nationen geschaffenen Technologiebank für die am wenigsten entwickelten Länder zu fördern, die eine wichtige Rolle für den digitalen Wandel der am wenigsten entwickelten Länder zum Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung spielt, indem sie den Zugang zu digitalen Technologien und ihre Umsetzung erleichtert und Hilfe in Bezug auf Datenmanagementfragen anbietet;
15. *ruft* die Parlamente *der Geberländer auf*, die Organisationen für die internationale Entwicklungszusammenarbeit aufzufordern, die Grundsätze von Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft durchgehend bei ihren finanziellen Hilfs- und Fähigkeitsaufbauprogrammen zu berücksichtigen, die auf eine Unterstützung bei der Erholung von der COVID-19-Pandemie und der Umsetzung der SDG abzielen;
16. *ruft* die Regierungen *darüber hinaus auf*, digitale Fähigkeiten und eine Lebensweise nach dem Konzept der Kreislaufwirtschaft so früh wie möglich in die Bildung zu integrieren sowie Aufklärungskampagnen durchzuführen, um die Verpflichtung der Verbraucher zu nachhaltigen Praktiken zu fördern;
17. *ruft* die Parlamente *auf*, ein günstiges Umfeld für den Zugang der Bürger zu digitalen Lösungen zu schaffen, um sie an der Digitalisierung teilhaben zu lassen;
18. *fordert* die Parlamente und Regierungen *darüber hinaus auf*, angemessene finanzielle Mittel zuzuweisen, um die Entwicklung von digitalen Unternehmensmodellen und Unternehmensmodellen der Kreislaufwirtschaft zu fördern und gleichzeitig insbesondere junge Unternehmer und Unternehmerinnen zu mehr Teilhabe zu befähigen;
19. *fordert* die Parlamente *ferner auf*, geschlechterinklusive Bildungsrahmen und -politiken zu fördern, um die Bildungsmöglichkeiten und die Entwicklung digitaler Fähigkeiten für Frauen und Mädchen in STEAM-Fächern zu verstärken, um die digitale Kluft zwischen Frauen und Männern zu verkleinern;
20. *empfiehlt* den Parlamenten, die Anstrengungen der regionalen und kommunalen Institutionen zur Förderung urbaner Nachhaltigkeit durch die Entwicklung inklusiver, sicherer, widerstandsfähiger und nachhaltiger intelligenter Städte, die Kommunikation, Verkehr, Energie, Wasserversorgungs- und Abwassersysteme gemäß den Grundsätzen der Kreislaufwirtschaft und der Digitalisierung optimieren, zu unterstützen;
21. *unterstreicht* die dringende Notwendigkeit, sich für eine kreislaufwirtschaftlich aufgebaute Umwelt einzusetzen und zu diesem Zweck Bauverfahren anzuwenden, die die Verwendung von Rohstoffen mit dem Ziel der Emissionssenkung minimieren, indem die Erhöhung der Verwertungsquote von Bauabfällen und Bauschutt erhöht, die Energieeffizienz verbessert und die Lebensdauer bestehender Gebäude erhöht werden;
22. *ruft* die Parlamente *auf*, die Integration von Kreislaufwirtschaftsmodellen in die nationale Antwort auf den Klimawandel zu fördern, und ersucht sie sicherzustellen, dass die Klimawandelpolitiken und -strategien Maßnahmen zur Optimierung des Nutzens von Produkten beinhalten, indem sie ihren Nutzen maximieren und ihre Lebensdauer erhöhen, sowie Maßnahmen zur Verbesserung des Recyclings (unter Nutzung von Wasser als Ressource), wobei gleichzeitig eine kreislaufwirtschaftliche Gestaltung gefördert werden sollte, die den Rohstoffverbrauch senkt und CO₂-ärmere Alternativen nutzt;
23. *ruft* die Parlamente *darüber hinaus auf*, umfassende Transparenz im Hinblick auf alle bei der Herstellung verwendeten Materialien zu fördern, um die Einführung schädlicher chemischer Substanzen in den Produktionszyklus zu begrenzen, und darüber hinaus die Verwendung von in vollem Umfang wiederverwendbaren Materialien zu fördern;
24. *ruft* die Parlamente *auf*, die Verabschiedung solider Umwelt- und Sozialstandards für die Rohstoffindustrien sowie von Standards und politischen Rahmen, auch mithilfe von Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor, zu unterstützen, die die nachhaltige Wiederverwertung sekundärer Materialien verbessern und die Herausforderungen im Zusammenhang mit der digitalen Wirtschaft mildern;

25. *ruft* die Parlamente *auf*, Digitalisierung und kreislaufwirtschaftliche Lösungen, einschließlich kreislaufwirtschaftliche Beschaffung, kreislaufwirtschaftliche Gestaltung und Dienstleistungen anstatt Produkte, zu fördern als ein Mittel zur Entwicklung einer stärkeren und wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigeren Reise- und Tourismusindustrie;
26. *bittet* die Parlamente sicherzustellen, dass die Regierungen in angemessene digitale Infrastrukturen für einen sicheren, zugänglichen und bezahlbaren Zugang zum Internet, Konnektivität, Regelungsrahmen für den Datenschutz/Privatsphäre sowie Normen für die Cybersicherheit und deren Kontrolle und Steuerung investieren, damit die Kreislaufwirtschaft und D4D ihr volles Potenzial entfalten können;
27. *ruft* die Parlamente *auf*, die Umsetzung kreislaufwirtschaftlicher Unternehmensmodelle mit langfristigem Nutzen anzuregen, beispielsweise durch die Veränderung des Verbraucherverhaltens, Innovationsanreize und die Skalierung und Verbreitung von Technologien;
28. *ruft* die Parlamente *auf*, die nationale und internationale Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Schulen, Forschungseinrichtungen und Netzwerken sowie anderen relevanten Akteuren (z.B. Unternehmen, NGOs und internationale Organisationen) zu fördern, um digitale Lösungen für Herausforderungen im Zusammenhang mit der Kreislaufwirtschaft zu finden, z.B. durch die Förderung von Ko-Kreation durch Wettbewerbe und Hackathons;
29. *fordert* die Parlamente *auf* sicherzustellen, dass die Anstrengungen zur Beschleunigung des Übergangs zur Digitalisierung und zur Kreislaufwirtschaft potenzielle Gefahren berücksichtigen, z. B. den Anstieg des Rohstoff- und Energieverbrauchs, den Anstieg der Treibhausgasemissionen, die Vertiefung der digitalen Kluft zwischen und innerhalb von Ländern und die Verstärkung des ökologischen Fußabdrucks der IT-Industrie sowie die negativen Folgen des Übergangs im Hinblick auf Sicherheit und menschliche Gesundheit;
30. *ruft* die IPU *auf*, die Zusammenarbeit mit den Mitgliedsparlamenten und anderen Organisationen zu verbessern, um Belege im Hinblick auf die Kreislaufwirtschaft, Umwelt und Digitalisierung zu sammeln, die Wechselwirkung zwischen ihnen abzubilden und Leitlinien für das parlamentarische Handeln zu fördern;
31. *ruft* die Parlamente *darüber hinaus auf*, dafür zu sorgen, dass die Grundsätze von Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft sowie zu diesem Zweck verstärkte Ziele bei der Verabschiedung zukünftiger Handelsabkommen, die eine parlamentarische Ratifizierung erfordern, in diese integriert werden;
32. *ruft* die Parlamente *auf*, die Nutzung standardisierter, vergleichbarer qualitativ hochwertiger digitaler Daten zu unterstützen, die in geeigneter Form gesammelt, ermittelt und verwaltet werden, und betont, dass die Förderung der Digitalisierung ein wichtiges Instrument zur Unterstützung einer effizienten und verlässlichen Erfassung und Lieferung von Informationen ist, die wichtige Elemente für eine sichere und nachhaltige Kreislaufwirtschaft sind;
33. *ersucht* die Parlamente, die Diskussion über die gemeinsame Datennutzung zu rationalisieren, indem zwischen verschiedenen Arten von Daten unterschieden wird und eine faire und zweckmäßige Datenverordnung basierend auf dem gesunden Menschenverstand geschaffen wird und indem ein fairer Zugang zu Daten sowie ein fairer Datenschutz im Einklang mit den international anerkannten Datenschutz-Grundsätzen, den geistigen Eigentumsrechten und anderen relevanten rechtlichen Rahmenbedingungen gemäß den nationalen Umständen gewährleistet wird;
34. *legt* den Parlamenten und Regierungen *nahe*, einen Dialog mit den Interessenvertretern (z. B. Zivilgesellschaft, Unternehmen und Verwaltungen) einzuleiten, um sie dafür zu sensibilisieren, dass es wichtig ist, Open Data bereitzustellen, und sie zu aktiven Teilnehmern der Datenwirtschaft und zu gemeinsamen Schöpfern von Wissen zu machen, sofern dies rechtlich möglich ist;
35. *ruft* die Parlamente *auf*, Maßnahmen vorzusehen, die darauf abzielen, die fehlenden grundlegenden digitalen Fähigkeiten und E-Kenntnisse zu bekämpfen und die Zahl der Fachkräfte für IT, künstliche Intelligenz, Blockchain und andere digitale Gebiete zu erhöhen als ein Mittel zur proaktiven Gestaltung eines digitalen Wandels, der sich auf nachhaltige ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklungsdimensionen beziehen sollte;

36. *fordert* die Parlamente auf, Informationen und beispielhafte Vorgehensweisen auszutauschen mit dem Ziel, das Bewusstsein und das Wissen bei den Parlamentariern im Hinblick auf das Zusammenspiel zwischen Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft sowie deren Potenzial für die Förderung einer stabilen und grünen Erholung und das Erreichen der SDG, insbesondere nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion, zu erhöhen.

X. Reden der Delegationsmitglieder

Rede des Abgeordneten Ulrich Lechte (FDP) am 26. Mai 2021

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können die COVID-19-Pandemie nur auf globaler Ebene überwinden. Aber um dies zu erreichen, brauchen wir mehr multilaterale Zusammenarbeit. Wir stehen weiterhin vor großen Herausforderungen, auch wenn uns jetzt verschiedene Impfstoffe zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zur Verfügung stehen. Eine der Herausforderungen ist die rechtmäßige, gleichberechtigte und vor allem weltweite Verteilung der bereits vorhandenen Impfstoffe.

Unser Ziel war, dafür sorgen, dass Menschen in allen Teilen der Welt unabhängig von ihrer finanziellen Lage Zugang zu Impfstoffen bekommen, sobald diese zur Verfügung standen. Demzufolge rief die Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Juli 2020 die COVAX-Initiative für eine faire und gleichberechtigte Verteilung aller zugelassenen Impfstoffe ins Leben. Unser Ziel lautete, dafür zu sorgen, dass alle teilnehmenden Länder einen garantierten Anteil an Impfdosen bekommt, um bis Ende 2021 die vulnerabelsten 20 Prozent der Bevölkerung zu impfen. Momentan sind wir allerdings noch weit von diesem Ziel entfernt. Daher ist es in den kommenden Monaten entscheidend, diese Impfkampagne zu beschleunigen und zu diesem Zweck die COVAX-Initiative deutlich zu stärken.

Um unsere Ziele zu erreichen, müssen wir erstens die finanzielle Grundlage der COVAX-Initiative stärken. Zweitens müssen wir die Produktion, Lizenzierung und Verteilung dieser Impfstoffe ausweiten. Und drittens müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Staaten, die wesentlich mehr Dosen bestellt haben, als sie von der Bevölkerungszahl her bräuchten, einen Teil ihrer COVID-19-Impfstoffe rasch und unbürokratisch spenden. Alle drei Maßnahmen zusammengenommen werden uns dem Ende dieser weltweiten Pandemie ein Stück näher bringen.

Das Licht am Ende des Tunnels ist da – lasst es uns gemeinsam erreichen, nicht einer nach dem anderen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

